

Bundesrat enttäuscht Grenzkantone

Detailhandel Seit Jahren versucht die Ostschweiz, den Bund zum Kampf gegen den Einkaufstourismus im nahen Ausland zu bewegen. Jetzt äussert sich der Bundesrat ausführlich. Ein Rezept hat er nicht: Das Problem gezielt anzupacken, sei praktisch unmöglich.

Adrian Vögele, Bern
adrian.voegel@tagblatt.ch

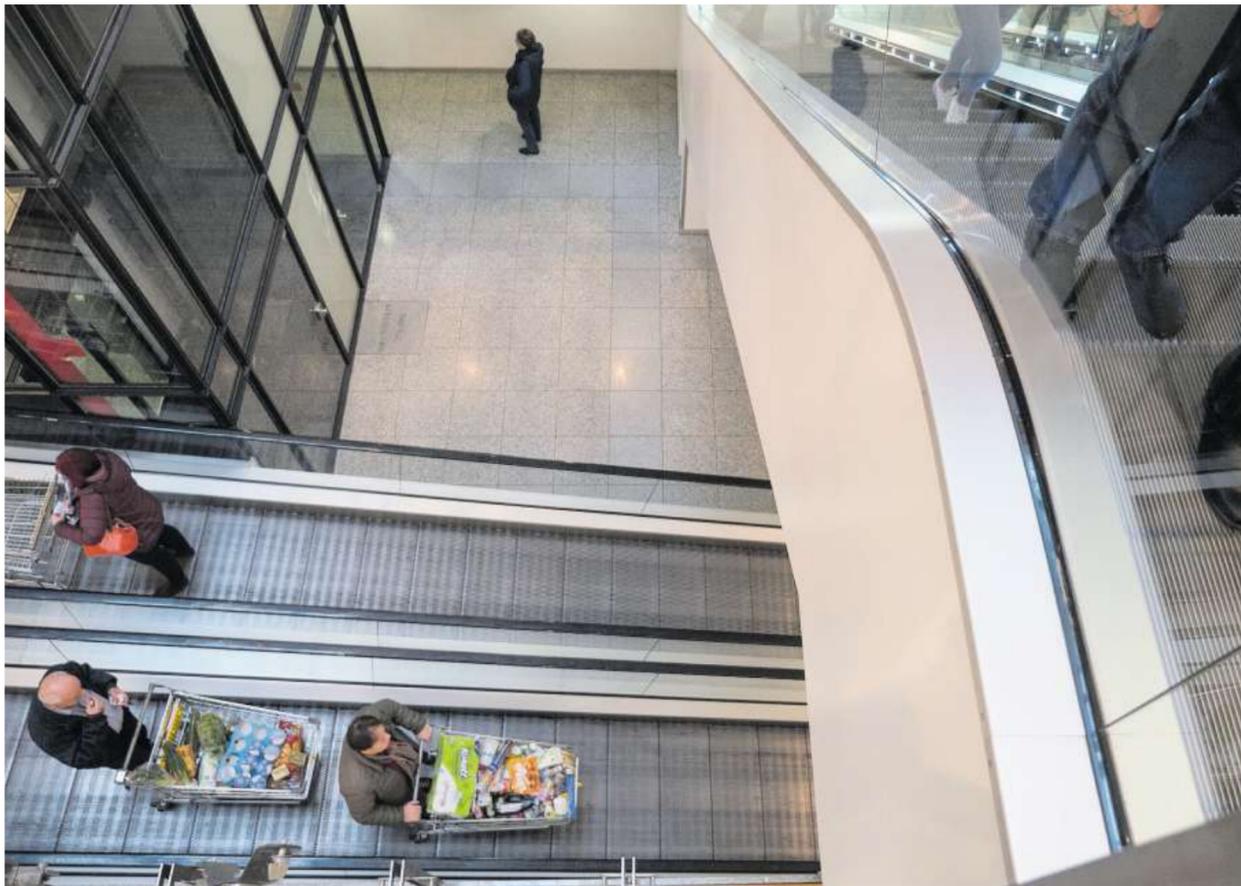
Der Einkaufstourismus ist ein politischer Dauerbrenner. Im Bundeshaus vergeht kaum eine Session ohne eine Debatte über das Thema, inzwischen stapeln sich die Forderungen. Vor allem die Grenzregionen verlangen, dass der Bund endlich versucht, die Kundenströme ins nahe Ausland einzudämmen. St. Gallen und der Thurgau kämpfen an vorderster Front mit Vorstössen der Bundespolitikerinnen und -politiker ebenso wie mit Initiativen aus den Kantonsparlamenten.

Konkrete Ergebnisse gab es in Bern bislang aber nicht, allen Diskussionen zum Trotz. Im März etwa lehnte der Ständerat mehrere Vorstösse für konkrete Massnahmen ab. So scheiterte auch die St. Galler Standesinitiative, welche die Aufhebung der 300-Franken-Freigrenze bei der Mehrwertsteuer verlangte. Damit sei nicht gesagt, dass man nichts gegen den Einkaufstourismus unternehmen wolle, hiess es damals in der kleinen Kammer. Es sei aber sinnvoller, zuerst die Vorschläge des Bundesrates abzuwarten, bevor man Entscheide fälle. Finanzminister Ueli Maurer beteuerte, der Regierung sei das Thema keineswegs egal, sie arbeite intensiv daran. Ein Bericht, den die Finanzkommission des Nationalrats verlangt hatte, sei demnächst fertig.

Die tieferen Preise locken ohnehin

Dieser Bericht des Bundesrats liegt nun vor. Die Kernaussage: Massnahmen an der Grenze würden kaum einen Rückgang des Einkaufstourismus bewirken. Selbst wenn die Limite für die zollfreie Einfuhr von Waren gesenkt würde, hätten die Konsumenten immer noch genug Anreize, ins Ausland einkaufen zu gehen – nur schon wegen der Preisdifferenz zwischen der Schweiz und ihren Nachbarländern. Die Produktvielfalt und andere «Annehmlichkeiten» im Ausland kämen noch hinzu, schreibt der Bundesrat.

Eine Senkung der Freigrenze auf null hält die Regierung ohne-



Der Bundesrat glaubt, dass viele Schweizer auch dann im Ausland einkaufen würden, wenn sie alle Waren verzollen müssten. Bild: Michel Canonica

hin nicht für umsetzbar – da bereits ein kleines Mitbringsel wie ein Schlüsselanhänger oder eine Souvenirtasse eine Besteuerung auslösen würde. Werde der steuerfreie Maximalbetrag lediglich gesenkt, so bestehe wiederum die Gefahr, dass Schweizer noch häufiger ins Ausland fahren würden, da sie pro Mal weniger Waren zollfrei einführen könnten. Ganz abgesehen davon, dass



Markus Hausammann, Thurgauer SVP-Nationalrat. Bild: KEY

der Verzollungsaufwand in diesem Fall stark zunehme. Hinter die Förderung der digitalen Selbstverzollung, die auf Initiative des St. Galler FDP-Nationalrats Marcel Dobler eingeführt wurde, setzt der Bundesrat ebenfalls Fragezeichen. Er befürchtet, dass viele Einkaufstouristen ihre Sachen stattdessen einfach schmuggeln würden. Der Zoll müsse dann wohl mehr Kontrollen durchführen.

Auch Anstrengungen auf bilateraler Ebene hält der Bundesrat für wenig aussichtsreich: Eine gegenseitige Verrechnung der Mehrwertsteuer zwischen den Staaten nütze vor allem der Schweiz. «Das Interesse unserer Nachbarstaaten an entsprechenden Abkommen dürfte gering sein.» Insgesamt hält es der Bundesrat für sinnvoller, gegen die «Hochpreisinsel Schweiz» vorzugehen – etwa mit dem Abbau von

Handelshemmnissen –, als den Einkaufstourismus ins Visier zu nehmen. Dieser könne sich für die Konsumenten sogar positiv auswirken – wenn der Schweizer Detailhandel gezwungen sei, aufgrund des Wettbewerbsdrucks die Preise zu senken.

Hausammann vermutet ausserpolitische Gründe

Markus Hausammann, Thurgauer SVP-Nationalrat und Präsident der Finanzkommission, ist überhaupt nicht zufrieden mit dem Bericht der Regierung. Er räumt zwar ein, dass der Preisunterschied auch dann zum Einkaufen im Ausland animieren wird, wenn die Wertfreigrenze sinkt oder entfällt. «Damit müssen wir leben. Aber es ist nicht korrekt, wenn man Leute, die sich unethisch verhalten, steuerlich auch noch begünstigt, indem sie keine Mehrwertsteuer zahlen

müssen.» Die verwaltungstechnischen Hürden, welche der Bund bisher immer als Argument gegen eine tiefere Freigrenze angeführt habe, seien beseitigt, so Hausammann: Die Verzollungs-App werde rege genutzt und funktioniere gut. Vielmehr vermutet er hinter der passiven Haltung des Bundesrats ausserpolitische Gründe. Offenbar sei die Mehrheit des Bundesrats nicht gewillt, in der aktuell angespannten Situation auch noch eine Diskussion mit der EU über die Wertfreigrenze zu provozieren.

Für das Parlament ist die Sache aber nicht erledigt. Hausammann hat bereits im März eine Motion zur Senkung der Freigrenze eingereicht – «um den Druck aufrechtzuerhalten», wie er sagt. Auch die St. Galler und Thurgauer Initiativen, die die Limite ganz aufheben wollen, sind noch nicht vom Tisch.

Kommentar

33 Seiten Lustlosigkeit

Das Resultat ist ernüchternd. Mit Spannung haben die Ostschweiz und andere Grenzregionen die Pläne des Bundesrats in Sachen Einkaufstourismus erwartet. Jetzt äussert sich die Regierung. Und schlägt leider überhaupt nichts vor. Die 300-Franken-Freigrenze für private Einfuhren senken? Bringt nichts. Digitale Verzollungsmethoden forcieren? Lieber nicht, denn sie animieren zum Schmuggel. Grenzübergreifende Verhandlungen zur gegenseitigen Verrechnung der Mehrwertsteuer? Haben wenig Erfolgchancen.

Auch wenn die Vorbehalte der Regierung im Einzelnen berechtigt sein mögen: Der Bericht wirkt lustlos von A bis Z. Als Entscheidungshilfe für das Bundesparlament taugt er kaum. Klar: In erster Linie stehen die Konsumentinnen und Konsumenten selber in der Verantwortung. Die negativen Auswirkungen der Ausland- und Interneteinkäufe auf den hiesigen Detailhandel sind längst bekannt. Eigentlich wüsste man, was zu tun ist – auch ohne Machtworte aus Bundesbern. Doch das heisst nicht, dass der Staat einfach die Hände in den Schoss legen soll. Zumindest die steuerliche Gleichbehandlung von Einkäufen hüben wie drüben müsste die Regierung entschlossen anstreben – und nicht schon im Vorneherein den Kopf in den Sand stecken.



Adrian Vögele
adrian.voegel@tagblatt.ch

In der Spitaldebatte geht's drunter und drüber

Gesundheit Der Verwaltungsrat ergreift Sofortmassnahmen. Die Kommission macht neuerdings Druck. Die Regierung verspricht Resultate – und prüft gleichzeitig ein Darlehen für die Region Fürstenland-Toggenburg.

Der Aufschrei war gross, als der Spitalverwaltungsrat laut über Schliessungen von Spitälern nachzudenken begann. Das Parlament reagierte sofort und setzte eine Spezialkommission ein. Deren Ansage war unmissverständlich: Sie will bei der künftigen Spitalstrategie ein gewichtiges Wort mitreden.

Ein Jahr ist seither ins Land gezogen und männiglich fragte sich: Was macht eigentlich die Spitalkommission? Arbeitet sie emsig und bescheiden im Hintergrund? Kommt sie erst zum Einsatz, wenn im Herbst die künftige St. Galler Spitallandschaft konkrete Konturen annimmt? Einzelne Gemeinden, aufgerüttelt

durch Massnahmen des Spitalverwaltungsrats, fragten sich zudem: Vertritt die Kommission auch unsere Interessen?

Vor wenigen Tagen meldete sich die Kommission zurück. Sie habe die vergangenen Monate genutzt, um sich «von der Regierung, vom Lenkungsausschuss und vom Verwaltungsrat der Spitalverbände umfassend über den laufenden Prozess der Strategieentwicklung informieren und dokumentieren zu lassen». Dann machte sie eines deutlich: Sie fordert eine raschere Gangart. Die Regierung soll dem Parlament noch dieses Jahr eine Vorlage zur zukünftigen St. Galler Spitalpolitik unterbreiten. Hintergrund

ihrer Forderung ist die angespannte Finanzlage der Spitäler – ohne Aussicht auf Besserung.

Das Eigenkapital ist 2021 aufgebraucht

Am alarmierendsten ist die finanzielle Situation der Spitalregion Fürstenland-Toggenburg; für das laufende Jahr hat sie ein Defizit von 6,7 Millionen Franken budgetiert, vergangenes Jahr hatte sie einen Verlust von gut 6 Millionen geschrieben. Im Mai trat der Spitalverwaltungsrat denn auch auf die Bremse: Ab November wird am Spital Wattwil nicht mehr operiert; der gesamte Operationsbereich wird nach Wil verlegt. So können ab 2020 jährlich

2,5 Millionen Franken eingespart werden. Dies macht deutlich: Aus eigener Kraft wird die Spitalregion Fürstenland-Toggenburg kaum mehr auf die Beine kommen.

«Wie lange geht es noch, bis die Spitalregion Fürstenland-Toggenburg das Eigenkapital aufgebraucht hat?», hatte FDP-Kantonsrat Walter Locher bereits im März in einem parlamentarischen Vorstoss gefragt. Nun liegt die Antwort der Regierung vor. Im Moment verfüge die Region noch über Eigenkapital; Ende 2018 seien es noch 19 Millionen Franken gewesen. Die Rechnung ist einfach: Wenn die Entwicklung in der Spitalregion Fürsten-

land-Toggenburg ungebremst weiter geht wie in den vergangenen Monaten und Jahren, wird das Eigenkapital 2021 aufgebraucht sein und die Region in eine Überschuldung hineinfliegen.

Spricht die Regierung einen Notkredit?

Seit den Massnahmen des Spitalverwaltungsrats ist es ein offenes Geheimnis: Die Regierung klärt ab, ob der Kanton die Spitalregion mit einem Darlehen unterstützt, um den finanziellen Engpass zu überbrücken. Es wäre nicht die erste Hilfeleistung: Bereits Ende letzten Jahres hatte die Regierung eine Wertberichtigung

ihrer Beteiligung im Ausmass von 8,2 Millionen vorgenommen – also abgeschlossen.

Die Frage einer weiteren Überbrückungshilfe dürfte eher früher denn später aktuell werden, ist Kantonsrat Locher überzeugt. Ihn würde nicht überraschen, wenn die Regierung einen Notkredit sprechen müsste – noch bevor die künftige St. Galler Spitalpolitik auf dem Tisch liegt. Sollte dies eintreffen, dürfte dies auch die Spitalkommission beschäftigen. Sie trifft sich Anfang September zur nächsten Sitzung.

Regula Weik
regula.weik@tagblatt.ch